

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 13.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover
Sonnabend, 27. Juni 1903.

Geschäftsrate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf. für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinhorststr. 6.

12. Jahrg.

Fünfter internationaler Kongress für angewandte Chemie.

In der Sektion für Rechts- und wirtschaftliche Fragen in Verbindung mit der chemischen Industrie ergänzte Professor Hartmann-Charlottenburg die von uns bereits erwähnten Ausführungen des Herrn Dr. Sprenger über:

„Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie“

zunächst durch statistische Angaben. Im Jahre 1902 seien vom deutschen Reiche 107,2 Millionen Mark, seit dem Inkrafttreten der Unfallversicherungsgesetze, also 1885-1902, insgesamt 811,6 Millionen Mark Unfallentschädigung gezahlt worden, dabei sei die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie für 1902 mit 2 Millionen, für die Zeit von 1885-1902 mit 15 1/2 Millionen Mark beteiligt. Um eine so große Belastung zu mindern, gäbe es nur das eine Mittel: strengste Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. Von den im Jahre 1901 entschädigten 1273 Unfällen entstanden 294 allein durch Sprengstoffe, heiße und ätzende Stoffe. Es zeige sich häufig, daß lange Zeit für harmlos gehaltene Stoffe tatsächlich höchst gefährlich seien. So sei die Explosion in der Fabrik zu Griesheim im Jahre 1901, durch welche 25 Personen getötet, 195 verletzt wurden, auf Bitrinsäure zurückzuführen gewesen, die seitdem natürlich unter die vor- sichtlich zu behandelnden Stoffe aufgenommen sei. Es müßten aber seitens der Berufsgenossenschaften ständig dahingehende Untersuchungen vorgenommen werden, nicht erst dürfe vom Schaden und Unglück Belehrung abgewartet werden.

Er sei in der Lage mitzutheilen, daß seitens des Bundesraths eine ganze Reihe neuer Vorschriften für Unfallverhütung in der chemischen Industrie demnächst erlassen werden würden.

Sehr notwendig sei auch eine intensive Beauf- sichtigung der Betriebe durch Beamte der Berufs- genossenschaft. — Hierauf wurde die von beiden Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen:

Der Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit ist eine sittliche und wirth- schaftliche Pflicht der Arbeitgeber in allen Industrie- zweigen, in der chemischen Industrie aber um so dringender geboten, weil

1. die Arbeiter sich der Größe der mit vielen chemischen Stoffen und Arbeitsprozessen verbundenen Gefahren nicht völlig bewusst sind, oder

2. den Zeitpunkt des Eintretens der Gefahr, auch wenn sie über diese belehrt worden sind, mangels ausreichender chemischer Vorkenntnisse nicht rechtzeitig erkennen können, und

3. weil gewisse Schädlichkeiten erst bei dauernder Einwirkung auf den Organismus zu einer Gesund- heitsgefahr führen, die erst erkannt wird, wenn Abhilfe nicht mehr möglich ist.

Daher ist es notwendig, daß

a) die Unfall- und Gesundheitsgefahren ein- gehend nach Ursache und Folgen studirt werden;

b) die Arbeiter eindringlich auf die ihnen nicht erkennbaren Gefahren aufmerksam gemacht und zur Beachtung der Vorsichtsmaßregeln angehalten werden;

c) bei der Festsetzung von Sicherheitsmaßnahmen die Mitwirkung erfahrener Chemiker in weitgehendem Maße stattfindet.

Für Herrn J. Baedin-Stockholm sprach Dr. Mosler- Charlottenburg über ein

„internationales Phosphorverbot in der Zündholz-Industrie“. Obwohl die Schädlichkeit der Phosphorzündhölzer allgemein bekannt sei, gäbe es doch noch viele Staaten, z. B. England und Schweden, wo zwar der Handel mit denselben, nicht aber die Fabrikation für den Export verboten sei. Thatächlich seien sie noch sehr viel in Gebrauch, weil sie zweifellos leichter zu handhaben seien als die sogen. Schweden. Den Herren Baedin und Fernander sei es nun ge- lungen, ein Zündholz „Repsticka“ herzustellen, das bei vollständiger Ungiftigkeit auch seiner Verbrennungs- produkte alle sonstigen Vorzüge des Phosphorzünd- holzes besitze. Da demnach die bisherigen Phosphor- zündholz-Fabriken ohne Betriebsänderung das neue Verfahren anwenden könnten, rechtfertige sich eine Resolution, welche ein internationales Verbot des weißen Phosphors anstrebt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Bedeutung der Kartelle in der chemischen Industrie

sprachen Rechtsanwalt Dr. Scharlach-Hamburg und Landrath a. D. Simons. Die Referenten suchten die in neuerer Zeit gegen das sich immer weiter aus- breitende Kartellwesen erhobenen Klagen als unbe- gründet zu widerlegen. Die oft damit verbundene rick- sichtslose Ausnutzung der Konjunkturen, die Bevor- zugung des Auslandes vor dem Inlande kämen in er- höhtem Maße bei der nicht kartellirten Produktion vor (?). Freilich sei die Form der Trusts, wie sie in England und Amerika verbreitet sei, für Deutschland kaum verwendbar; hier seien mehr Vereinigungen am Platze, welche nicht die einzelnen Werke selbst zu- sammenschließen, sondern die Gewinnrechnung der- selben zum Gegenstand einer Vereinbarung machen. Den angebliehen (?) Schäden eines solchen Kartell- wens stehe auch der große Nutzen desselben für Regelung der Produktion und Verminderung der Ge- schäfts- und Arbeitskrisen gegenüber. Jedenfalls sei jede Einmischung der Gesetzgebung in dieser Frage abzulehnen und zu bekämpfen. Eine diesen Anschauungen entsprechende Resolution fand natürlich, wie bei der Zusammensetzung dieser Sektion — zumeist Groß- industrielle und Juristen — zu erwarten war, An- nahme.

Direktor O. Wenzel-Berlin referirte über:

„Die Arbeiter in der chemischen Industrie und ihre Löhne.“

In der chemischen Industrie sei die Durchführung einer Lohnstatistik besonders schwierig wegen der Mannigfaltigkeit der in Betracht kommenden Arbeiter- kategorien und Beschäftigungsarten. Indes sei in unseren Berufsgenossenschaften eine Organisation ge- schaffen, welche alle Mitglieder verpflichtet, behufs Be- rechnung der Beiträge der einzelnen Arbeitgeber eine genaue Nachweisung aller während eines Rechnungs- jahres beschäftigten Personen und der an dieselben gezahlten Löhne einzuliefern. Dieses reiche Material sei leider von den Regierungen nicht beachtet worden. Er, Vortragender, habe bereits vor zehn Jahren im Auftrage der Berufsgenossenschaft die Nachweisungen für das Jahr 1902 zum Zwecke einer Lohnstatistik einer Bearbeitung unterzogen und glaube zu einiger- maßen zuverlässigen Ergebnissen gelangt zu sein. Da sich seitdem der Durchschnittslohn in der chemischen Industrie um ca. 16 Prozent erhöht (?) und das Ver- hältniß der Löhne der Männer zu denjenigen der Frauen und Kinder, sowie der einzelnen Altersklassen zu einander in diesem Zeitraum nur unwesentlich ge- ändert habe, so brauche man zu den 1892 gewonnenen Zahlen nur eben jene 16 Prozent zuzurechnen, um auch eine gegenwärtig brauchbare Vorstellung der in der chemischen Industrie vorherrschenden Lohnverhält- nisse zu erhalten. Natürlich beziehe sich diese Lohn- statistik nicht auf alle chemischen Betriebe, sondern nur auf die fabrikmäßigen und die vom Reichs-Verfiche- rungsamt als fabrikmäßige erklärten chemischen Indu- striezweige. In 5393 Betrieben dieser Art seien 153 797 Arbeiter beschäftigt gewesen und zwar

		mit einem Durchschnitts- lohn von M.
erwachsene männliche . . .	119 283	2,92
weibliche . . .	22 462	1,43
jugendl. männl. 14-16 Jahre . . .	6 932	1,32
weibl. . .	4 708	1,03
Kinder unter 14 Jahren . . .	414	0,59

Die weiteren Berechnungen des Vortragenden be- ziehen sich auf die Vertheilung der Arbeiterzahl auf die einzelnen Branchen, Berufsweige, sowie das Verhältniß der Geschlechter und Altersklassen, die in einzelnen Betriebszweigen beschäftigt werden. Hervor- zuheben ist davon die Angabe, daß in Betrieben, welche an die körperlichen Kräfte geringere Ansprüche stellen, die aber trotzdem zu den aufreibenden und gefährlichen zu rechnen sind, das weibliche und jugendliche Element überwiegt. In der Zündwarenindustrie kommen auf nur 32,28 Prozent männliche 46,61 Prozent weibliche und 21,11 jugendliche Arbeiter. (1)

Ferner ist es bezeichnend, daß in der chemischen Industrie die Betheiligung der einzelnen Altersklassen an der Gesamtzahl vom 20. bis zum 30. Lebens- jahre zwar erheblich zu, aber dann rapide abnimmt; sie fällt von 30 bis 40 Jahren von 36,8 auf 27,8 Prozent, von 40 bis 50 Jahren auf 14,7 Prozent, von 50 bis 60 Jahren auf 6,1 Prozent und so fort. (Zahlen, die über die Gefährlichkeit dieser Arbeit Bände sprechen. Die Red.) — Dauern beschäftigt, d. h. mindestens 290 Arbeitstage hindurch waren im Jahre

1892 39,4 Prozent aller in der chemischen Industrie thätigen Personen. (Arbeiter? Die Red.)

Die höchsten Durchschnittslöhne haben die männ- lichen und weiblichen Arbeiter in der Gummiwaren- industrie mit 3,26 M. bzw. 1,71 M. pro Tag; die niedrigsten Löhne zahlt an männliche Arbeiter die Zündwarenindustrie mit 2,13, an weibliche die Leder- industrie mit 1,18 M. pro Tag. Was die einzelnen Landeshefte anlangt, so steht in Σ auf Löhne für männliche Arbeiter Schleswig-Holstein mit den Hanse- städten, für weibliche Hannover-Oldenburg obenan, während die niedrigsten Löhne für beide Geschlechter in Schlesten-Posen gezahlt werden.

Die Resultate der Unfallverhütungsmaßregeln.

Als in den letzten fünf Jahren des vorigen Jahr- hunderts die Unfälle in den industriellen und land- wirtschaftlichen Betrieben von Jahr zu Jahr schnell stiegen, suchte man dies seitens der Unternehmer und der Aufsichtsorgane mit der außerordentlich schnellen Steigerung der gewerblichen Thätigkeit zu erklären, wegen der eine Steigerung der Unfälle, so bedauerlich sie sei, nicht zu vermeiden gewesen wäre. Diese Steigerung der Unfälle würde verschwinden, wenn die Industrie wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelangen werde.

Nun, das Jahr 1901 war kein Jahr wirtschaft- lich aufsteigender Bewegung, die gewerbliche Thätigkeit war mehr als ruhig, sie lag zum Theil ganz darnieder, die Arbeitszeit mußte vielfach eingeschränkt und Hunderte- taufende von Arbeitern entlassen werden. Man sollte daher annehmen, die Zahl der Unfälle hätte in diesem Jahre abnehmen und geringer als im Vorjahre sein müssen. Doch das Gegentheil ist eingetreten. Nach den amtlichen Mittheilungen der Berufsgenossenschaften kamen auf 300 000 Arbeitstage (gleich 1000 Voll- arbeitern) entschädigungspflichtige Unfälle im Jahre

	1901	1900
bei der Gewerbe-, Bau- und Seemanns- versicherung zusammen	9,16	8,54
beim Bergbau	13,06	12,19
bei Steinbrüchen	14,78	12,44
bei der Glas- und Thonwarenindustrie bei Eisen und Stahl	6,23	6,40
bei Metall-, Feinmechanik und Musik- Instrumenten	11,39	10,07
bei der Chemie	5,86	5,00
bei Gas- und Wasserwerken	9,04	8,39
bei der Textilindustrie	6,10	5,42
bei der Papier- und Buchdruck- industrie	3,21	3,45
bei Leder und Bekleidung	4,91	4,61
bei Holz	4,14	3,62
bei Nahrungsmitteln, Fleischer- und Tabak	13,35	12,93
bei Mäler- und Zuder-, Brenner- und Brauerei- und Mälzerei	4,08	3,40
beim Bauwesen	11,00	10,97
beim Privatbahnbetrieb	11,98	11,22
bei Expedition, Bagagerie und Fuhrwesen bei der Binnen- und Seeschifffahrt	7,07	5,83
bei der Seeschifffahrt	16,60	14,54
bei der Marine- und Seeres-Verwaltung bei öffentlichen Baubetrieben (staatliche, Provinzial- und Kommunal-Bau- verwaltungen)	13,84	11,74
bei den Staatsbetrieben für Schifffahrt, Bagagerie, Flößer- etc.	7,30	8,00
bei den Staatsbetrieben für Schifffahrt, Bagagerie, Flößer- etc.	6,04	6,63
bei den Staatsbetrieben für Schifffahrt, Bagagerie, Flößer- etc.	6,91	6,35
bei den Staatsbetrieben für Schifffahrt, Bagagerie, Flößer- etc.	7,39	7,29
bei den Staatsbetrieben für Schifffahrt, Bagagerie, Flößer- etc.	13,77	10,63

Von den 24 Versicherungsgruppen zeigen also 20 eine Zunahme und nur 4 eine geringe Abnahme der Unfälle. Und diese 4 Gruppen sind solche, bei denen überhaupt die Zahl der Unfälle relativ klein ist, und bei denen, wie in der Textilindustrie und den Militär- betrieben, die Krisis nicht so heftig war. Die Ab- nahme der Unfälle betrug in diesen 4 Gruppen auch nur 7,22 Prozent. In allen anderen Betrieben da- gegen, in denen die Krisis am heftigsten wüthete und die Arbeit am meisten niederlag, in der Kohlen-, Eisen- und Elektrizitätsindustrie, in der Bauhätigkeit und den mit derselben zusammenhängenden Gewerben stiegen gerade die an sich schon sehr hohen Unfall- zahlen noch bedeutend. Die Steigerung betrug bei allen 20 Gruppen mit steigender Unfallzahl im Durch- schnitt 11,66 Prozent und, auf sämtliche 24 Gruppen berechnet, betrug sie immer noch 9,3 Prozent. Auch bei der Gruppe der Land- und Forstwirtschaft stieg die Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle von 1900 bis 1901 um 11,14 Prozent, nämlich von 51 159 auf 56 851. Hieraus ergibt sich mit Evidenz, daß die Unfallgefahr für die Arbeiter nicht nur bei steigender, sondern auch bei sinkender Konjunktur zunimmt, weil die

Unfallverhütungsvorschriften und ihre Ausführung und Kontrolle überhaupt ganz ungenügend sind, und der Gefahrensteigerung der Industrie entsprechend nicht verbessert werden, daß aber bei starkem plötzlichen Zurückgehen einer Industrie ebenso wie bei überstürzter Entwicklung derselben die Unfallgefahr am meisten steigt. In beiden Fällen machen sich am meisten fühlbar der schlechte Zustand der Schutzvorrichtungen, die mangelhafte Instandhaltung der Schutzbestimmungen, die ungenügende Kontrolle, die Einstellung ungeeigneter Arbeiter, die Alfordarbeit, die gelinde Bestrafung der Unternehmer wegen Nichtbefolgung der Schutzbestimmungen u. Von Seiten der Arbeitervertreter ist im Reichstage und in der Presse oft genug auf diesen mangelhaften Arbeiterschutz hingewiesen worden, namentlich beim Bergbau, beim Hüttenbetrieb, in der chemischen Industrie, im Baugewerbe u. Aber entweder ist ganz tauben Ohren gepredigt worden, oder die Durchführung der erlassenen Bestimmungen war so lag und ungenügend, daß die erwartete Abhilfe ausblieb. Und so lange die Arbeiter nicht durch stärkere Vertretung im Reichstage und namentlich in den Landtagen und durch Weiterentwicklung ihrer Organisationen sich eine größere Macht eringen, so lange werden ihre Forderungen nach wirksamerem Schutz unerfüllt bleiben und wird die Zahl der Unfälle noch weiter steigen.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai 1903.

(Reichs-Arbeitsblatt Nr. 3.)

Während der Monat April im Allgemeinen ein leichtes Abflauen der Beschäftigung oder einen Stillstand aufwies, hat die Beschäftigung der hauptsächlichsten Industrien sich im Monat Mai wieder, wenn auch nur unbedeutend, gehoben. Die leichte Besserung in der Metallindustrie vor allem hat angehalten, der Steinkohlenbergbau war in befriedigender Weise beschäftigt und die Textilindustrie wies meist noch günstige Verhältnisse auf, wenn auch die Steigerung der Rohstoffpreise für Baumwolle für die Zukunft Arbeitseinschränkungen befürchten läßt. In einzelnen Industrien ist das im Sommerhalbjahr übliche Nachlassen der Beschäftigung eingetreten. Die an die Berichterstattung des Reichs-Arbeitsblattes angeschlossenen Krankenkassen zeigen nur eine verhältnismäßig schwache weitere Zunahme des Beschäftigungsgrades, nämlich um 55 153 (gegen 94 718 im April). Der Verkehr an den Arbeitsnachweiser hat sich teilweise gehoben, insbesondere sind in Süddeutschland zum Theil bessere Vermittlungserfolge erzielt worden.

Im Kohlenbergbau war die Beschäftigung, soweit die Steinkohlenförderung in Betracht kommt, eine gute; auch Gasohlen, deren Absatz im Vormonat schleppend gewesen war, fanden bessere Abnahme, was eine Steigerung der Produktion veranlaßte. Die Koksförderung ebenso wie der Absatz von Koks waren weiter ungewöhnlich flott und der Arbeiterstamm war voll beschäftigt. Schwächer war die Beschäftigung in der Braunkohlen- und Bituminindustrie in Folge des Eintretens des wärmeren Wetters. Es ist jedoch die im Sommerhalbjahre übliche Er-

scheinung, die damit zusammenhängt, daß die Belegschaften hauptsächlich im Hausbrand ihre Verwendung finden.

In der Metallindustrie hat die Besserung angehalten. Beschäftigung und Beschäftigung in der Hüttenindustrie waren ziemlich befriedigend. Wenn auch immer noch ein Ueberangebot von Arbeitskräften weiter bestehen bleibt, so wird doch allseits bemerkt, daß dasselbe nicht mehr so ansehnlich sei, wie in den Vormonaten, und Heilmittel wird bereits von geringen Lohnaufbesserungen oder wenigstens von Bestrebungen, solche zu erzielen, gemeldet. Eine Aenderung der gesammten Konjunktur ist damit jedoch bisher noch keineswegs eingetreten, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes sind aber nicht mehr so zugespitzt, wie vor einiger Zeit. Von einer weiteren Besserung berichten ferner sowohl die Walzwerke als auch die Trägerfabrikation und die Röhrenherstellung. Die Handelsgießerei war im verflossenen Monat gemeinlich gut beschäftigt, das Angebot von Arbeitskräften hat hier nachgelassen. Ungünstiger liegen noch weiter die Verhältnisse in den Stahlschmieden und Eisenkonstruktionswerkstätten, die ungenügend und vielfach zu nicht rentirenden Preisen beschäftigt sind. Ähnlicher Befriedigend war die Beschäftigung in den Stahlwerken. Im Lokomotivbau sind Aenderungen gegen den Beschäftigungsgrad im Vormonat nicht hervorgetreten; wie auch in den Vormonaten ist die Lage bei den einzelnen Werken, je nach Eingang größerer Aufträge, verschieden, jedoch eine einheitliche Beurteilung der ganzen Branche nicht angängig ist. Die Beschäftigung im Eisenbahnwagenbau war ebenso mangelhaft wie im Vormonat, das Ueberangebot von Arbeitskräften nach wie vor ein ungewöhnlich großes. Berührungen der Arbeitszeit mußten in dieser Branche mehrfach eintreten. Die Beschäftigung im Maschinenbau ist verhältnismäßig immer noch recht schwach und nicht befriedigend; auch im Automobilbau und im Werkzeugmaschinenbau, welche im Vormonat von einer Erholung berichteten, ist ein Abflauen eingetreten. Günstigere Berichte liegen aus Elsaß-Lothringen vor, in denen insbesondere Werkzeugmaschinenbau als weiter gebessert bezeichnet wird. Flotte Beschäftigung bei Tendenz zu steigenden Löhnen war im Mai in der Drahtstift-Industrie. Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften bewegte sich in normalen Grenzen.

Die Beschäftigung in der Holzindustrie war nicht ungünstig in Folge der regen Bauhätigkeit in den meisten Gegenden. Einen Rückgang melden nur die bayerischen Berichte. Ueberangebot an ungelerten Arbeitskräften bestand an den meisten Orten weiter. In einzelnen Betrieben, wie z. B. in Thüringenfabriken, mußte andererseits teilweise mit Ueberstunden gearbeitet werden, um die reichlich vorhandenen Aufträge zu erledigen.

Das Baugewerbe war an den meisten Orten gut beschäftigt. In Berlin flau, geringe Besserung gegen den Vormonat. Das Ueberangebot von Arbeitskräften hielt sich in normalen Grenzen, war nur im Zimmerergewerbe etwas größer. Seit dem 15. Mai d. J. ist ein Lohnarif für das Baugewerbe zu Stande gekommen, welcher die Höhe der Löhne festlegt. In der Zementindustrie war gegen den Vormonat eine Aenderung nicht zu verzeichnen. Viel Absatz bei kleinen

Preisen und normales Angebot von Arbeitskräften. In der Ziegelindustrie lagen normale Verhältnisse vor; Ueberangebot von Arbeitskräften bestand zum Theil seitens ungelerner Wanderarbeiter. Ebenfalls Ueberangebot von Arbeitskräften bestand in der Thon- und Ziegler-Industrie und in der Chemiefabrikation. In der Steinzeugfabrikation waren im Wesentlichen normale Verhältnisse, es bestand ein leichtes Ueberangebot an Arbeitskräften. Nur vereinzelt wird berichtet, daß in Folge der sich mehrenden Arbeiten im Freien der Abgang von Arbeitskräften so stark wurde, daß sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machte.

Die Papierindustrie hat fortgesetzt weiter viel Aufträge, flotte Beschäftigung und niedrige Preise. Leichtes Ueberangebot von Arbeitskräften bestand trotz des guten Geschäftsganges. Ungünstige Nachrichten, sowohl über den Beschäftigungsgrad wie über die Lage des Arbeitsmarktes, liegen wieder nur aus Schlesien vor. Die Fabrikation von Papiermaschinen zeigt eine leichte Besserung.

In der chemischen Industrie ist es zur Zeit hauptsächlich die Kali-Industrie, in welcher eine Verschlechterung hervortritt. Dieselbe entspricht jedoch den üblichen Saisonverhältnissen in dieser Industrie. Selbst lagen die Verhältnisse unverändert; Ueberangebot von Arbeitskräften besteht immer noch. Vereinzelt haben Lohn-erhöhungen stattgefunden. (Vereinzelt auch Lohnherabsetzungen. D. H.)

In der Spiritusbranche war der Absatz im inländischen Konsum und im Export annähernd der gleiche wie im Mai 1902, der Absatz von Spiritus zu technischen Zwecken hat sich gegen Mai 1902 gehoben.

Die gleich ruhige Tendenz wie im Vormonat zeigte die Rohzuckerindustrie. Das Gleiche gilt für die Zuckerraffinerie. Das Angebot von Arbeitskräften bewegte sich in normalen Grenzen.

Arbeitsnachweis der Ziegler in Lippe.

Montag, den 11. Mai, tagte nach der Verlegung des Arbeitsnachweises von Lemgo nach Bielefeld in der Zentralstelle des Arbeitsnachweises bei Herrn Fr. Freitag in Bielefeld eine Sitzung der Arbeitsnachweisevormaltenden Kommission, welche aus einem Regierungskommissar und mehreren Ziegeleibesitzern, Meistern und Ziegler besteht. Dieselbe war nur schwach besucht. Nach Einsichtnahme der Bücher ergab die Arbeitsvermittlung für die Monate von Januar bis 15. April folgendes Resultat: Es meldeten sich in dieser Zeit 64 stellenlose Meister, welche eine Meisterstelle suchten, und 137 stellenlose Ziegler, welche eine Stelle suchten. Die Nachfrage nach Ziegler von Meistern und Ziegeleibesitzern betrug 72. Stellen erhalten haben 56. Offene Meisterstellen wurden 5 vermittelt. An Briefen und Postkarten wurden vom Zentralinhaber 147 versandt. Im Allgemeinen ist über die Verhandlungen des Arbeitsnachweises noch Folgendes zu berichten: Die Erwartung, daß mit der Verlegung des Arbeitsnachweises dieser eine erfolgreiche Thätigkeit entfalten würde, hat sich erfüllt. Schwierig dagegen sind die Verbindungen mit den einzelnen Filialstellen,

Parakautschuk.

Diese werthvollste Kautschuksorte hat ihre Bezeichnung von dem brasilianischen Hafen Para, von dem fast der gesammte brasilianische Kautschuk verschifft wird. Man geminnt diesen Kautschuk von mehreren Arten der Gattung Hevea (Euphorbia) und Ricandra, besonders von Hevea brasiliensis Mill. Die Kautschukblätter beuten ihre Waldregionen (siringala) derartig aus, daß sie die Kautschukbäume (Pao de Seringa) durch Rindeneinschnitte anzapfen und unterhalb der Schnitte Gefäße aus gebranntem Lehm oder Weißblech anbringen, in denen sich die Kautschukmilch ansammelt. Aus diesem Gevealaste, welcher nur in der Trockenzeit von August bis Februar gesammelt wird, erfolgt die Abschcheidung des Kautschuks in Para durch Entrohren auf Formen. Der Seringero taucht ein mit Thon beschichtetes Holzspatel in das mit Milch gefüllte Sammelgefäß ein und trocknet den Ueberzug über stark rauchendem Feuer unter fortwährendem Drehen, so daß eine dünne, gleichmäßige Schicht entsteht. Dieses Verfahren wird so lange fortgesetzt, bis das „Bisquit“ entsprechende Dicke und Größe erlangt hat. Man trocknet dann die Kautschukmasse (plancha) einige Zeit in der Sonne, schneidet sie einseitig auf und zieht das Holzspatel heraus. Sind die Kautschuk-Bisquits gut getrocknet, so zeigen sie deutlich zirkuläre Querschnitte, die Schichten im Querschnitt, von außen nach innen heller werdender Farbe, welche im Gefammten in bernsteinartige Färbung übergeht. Solcher gut getrockneter Kautschuk giebt die 1. Qualität, Para sin benannt. Ist das Räuchern nachlässig erfolgt, die Schichten ungleichmäßig dick, die Masse schwammartig, schaumigweiß, so ergibt dies den Para enterfin oder Para grossa, 2. Qualität. Ferner sammelt man auch die in den kleinen Sammelgefäßen zurückgebliebenen oder an den Bäumen gewonnenen, mit Rinde und Thon verunreinigten Kautschukreste und stellt, ohne zu räuchern, sie zu Klumpen zusammen; sie bilden die 3. Qualität als Serambay, Regrohead, Kegerlöpfe, welche durch die Luftwirkung außen schwarz gefärbt sind. Man rechnet auf 60 Proz. Para sin 29 Proz. Regrohead und 11 Proz. enterfin. Außer den Qualitäts-

bezeichnungen benennt man Parakautschuk auch nach den Gewinnungsländern bzw. Verschiffungsländern, so daß zahlreiche Lokalorten unterschieden werden, z. B. Island von den Inseln Marajo und anderen im Amazonas-Delta in Form runder und flacher Plättchen (fine und medium), Palle und runder Kuchen (coarse); beste Sorte ist Caviana-Kautschuk von der Insel gleichen Namens. Gameta vom Hafen am Tocantinsfluß in kleinen und großen Ballen; Upriver von den Gebieten längs des Amazonas und seinen Nebenflüssen oberhalb Para und aus Peru und Bolivia verschifft in Bisquits, auch als Manos, Madeira, Bolivia u. gehandelt und u. v. m. Die Verpackung der Parakautschukarten geschieht in Rippen oder Tonnen von 15 bis 200 Kilogramm, die Stücke sind 3 bis 5 Kilogramm, auch 10 bis 15 Kilogramm schwer, rücken spedit, ergeben 10 bis 40 Prozent Wasserverlust. Eine Para enthält wenig Fremdkörper, ist sehr elastisch und kräftig und ein vorzügliches Material für Fabrikation bester Kautschukwaren; enterfin Para ist mehrfach mit Baumrinde verunreinigt, mittelkräftig, doch ein guter Kautschuk; serambay, Kegerlöpfe, sind stark mit Ton und unelastischem Kautschuk durchmischt, daher wenig elastisch und minderwerthig. Ein gemaltiges Gebet, an Größe halb Europa gleich, liefert den Parakautschuk; von Deltagebiet und den vielen Inseln des Amazonas ist der Kautschukammer allmählich den ganzen Lauf dieses großen Stromes hinaus gewandert, um diesen Kautschuk jetzt schon in den Wäldern der Quellflüsse des Amazonas, in den bolivianischen und peruanischen Ländern zu gewinnen. So kam es, daß Manos, 1000 englische Meilen von Para an der Mündung des Rio Negro gelegen, ein Haupthandels- und Stapelplatz für Parakautschuk geworden ist. Eine Knappheit an Parakautschuk ist wohl kaum in absehbarer Zeit zu fürchten, allerdings sind die zunehmende und die Breite, in Folge der schwankenden politischen Lage der Parakautschuk liefernden Länder vielem Wechsel unterworfen, Verhältnisse, welche die Fabrikation und den Handel mit Kautschukwaren oft unliebsam beeinflussen.

Seneng-Kautschuk, asiatische Sorte, auf den Sundainseln (bes. Sumatra) von Ficus elastica und Cynanchum ovalifolium gewonnen; guter Kautschuk,

ähnlich dem Assamkautschuk, doch diesem minderwerthig. Kommt in großen Ballen und Klumpen (aufgeschnitten) in den Handel, von rothbrauner Außenfarbe und röthlicher Schnittfläche, wenig mit Holz und Erde verunreinigt, oft ziemlich feucht (dann minderwerthig); Wasserverlust 15-30 Prozent.

„Wird Parakautschuk eines Tages knapp werden?“ Mit dieser wichtigen Frage beschäftigt sich Paul Sibot, welcher sich lange Zeit in den Kautschukwäldern Boliviens aufgehalten hat, im Maiheft des „Journal d'Agriculture Tropicale“. — Das unerschöpfliche Gebet des Amazonas, in dessen ausgedehnten Wäldern die Heveabäume wachsen, bietet den Kautschukammern noch reiche Ausbeute; doch jedes Jahr müssen dieselben tiefer in die Wälder eindringen, um neue Heveabestände aufzusuchen. Die Bäume können 4 Jahre hintereinander regelrecht angezapft werden, müssen dann aber eine Ruhezeit haben. Nimmt man für eine Gruppe von 150 Bäumen auf 15 Hektar Land vertheilt ein jährliches Ertragniß von 500 Kilogramm Kautschuk an, so entspräche dies bei einem jährlichen Export von 25 000 Tonnen Parakautschuk der Ausbeute von 7500 Quadratkilometer Kautschukbaumbestand. Das Amazonasgebiet umfaßt nun rund 5 600 000 Quadratkilometer Fläche, doch kann man nur 1/10 derselben als Kautschukbaumland ansprechen, in dem die Hevea an den Wasserläufen entlang im Waldesdickicht zerstreut wächst, während die ganze andere Waldfläche durchaus frei von Kautschukbäumen ist. Es würden also ca. 260 000 Quadratkilometer für Heveabestand übrig bleiben, von dem jetzt schon die Hälfte ausgebeutet wird, so daß zirkulär 140 000 Quadratkilometer jungfräulicher Kautschukbaumbestand übrig bleibt. — Die Lage ist hiernach allerdings noch nicht in nächster Zeit gefährdet, doch liegt die Aussicht nahe, daß in einigen Jahrzehnten alle Flußläufe dieses großen Stromgebietes an Heveabäumen erschöpft sein werden. Wenn dann noch die afrikanischen und andere natürliche Kautschukquellen erschöpft sind, würde die Zeit der Ausbeute der jetzt angepflanzten Heveabäume gekommen sein, welche also die Reserve des Zukunftskautschuks bilden.

(Sumatra-Beitrag.)

und sollen diese bis zum 1. Januar selbstständig unter-
schaffen; ein bestimmtes Resultat, wieviel die Zinsen-
stellen vermehrt haben, ist noch nicht bekannt. Die
Kommission war mit dem günstigen Resultat der Ar-
beitsvermittlung durchaus zufrieden. Die Richter sind
hoffentlich auf ihre Wichtigkeit geprüft und in
Ordnung befanden. Die Adresse des Arbeitsnachweises
ist: Fr. Freitag, Bage in Bage. Die Vermittlung ge-
schieht nach häuslicher gegenseitiger Vereinbarung.

Auf der Generalversammlung

des Metallarbeiterverbandes fand der vom Vorstande bean-
tragte Beschlusstext folgende Fassung. Nach der
Vorlesung des Beschlusses wurde folgende Beschlusstext
angetragen:

Erhöhung der Beiträge auf 50 Pf. für männliche und
25 Pf. für weibliche Mitglieder. Erweiterung der Arbeits-
losenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung, die ohne
Rücksicht auf die Beschaffenheit der Arbeitslosigkeit gewährt wird.
Veränderung der Besetzung der Arbeitslosenunterstützung
auf 10 Wochen.

Nach längerer Diskussion wurde auch dieser Beschlusstext vor-
getragen, indem 88 Stimmen dafür und 68 dagegen abgegeben
wurden, eine Zweidrittelmehrheit also nicht erreicht war. Nach
Antrag des Vorstandes sollte bei einem Beitrag von 50 Pf. die
Erwerbslosenunterstützung in der Höhe der Höhe, aber auf die
Dauer von 13 Wochen, eine Beihilfe zu den Unterhaltskosten bei
Wohnortwechsel, ferner Erwerbslosengewähr werden, so-
dass dann noch genügend Mittel verbleiben, um den Verband
finanziell zu kräftigen. Als Vorlage sollte nur ein halbes
Jahr festgesetzt werden, so dass die erweiterten Unterhaltungen
schon mit dem 1. Januar n. S. in Kraft getreten wären.

Darauf wurde in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen
8 Stimmen ohne weitere Diskussion beschlossen, den Beitrag
für männliche Mitglieder auf 50 Pf. und für weibliche auf
20 Pf. festzusetzen. Der Antrag, über die Beitragsveränderung
eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde abgelehnt.

Zur Revision der aus der Münchener Generalversammlung
gefassten Beschlüsse wurde eine besondere Kommission
eingesetzt worden. Sie unterbreitete folgenden Vorschlag:

1. In allen Betrieben, wo drei Fünftel der dortselbst be-
schäftigten Arbeiter vollberechtigter Mitglieder des Deutschen
Metallarbeiterverbandes sind (§ 5 Abs. 1), sind dieselben ver-
pflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluss über die
Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die
Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem
Beschluss zu fügen. Der Ortsvorstand ist verpflichtet
zehn Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluss Kenntnis zu
geben.

2. Eine Beschäftigung über die Arbeitsruhe am 1. Mai
darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefast
werden.

3. Ausperrungen, Kuchergelungen und Entlassungen wegen
der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen
unsererseits beantwortet werden.

4. Bei Ausperrung, Kuchergelung und Entlassung wegen
der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen,
soweit sie vollberechtigte Mitglieder (§ 5 Abs. 1) sind, eine
Unterstützung auf die Dauer von höchstens dreizehn Wochen in
Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gewährt, doch
gilt diesfalls nicht als Arbeitslosenunterstützung.

In der Diskussion wurde außer dem für und Wider zur
Resolution auch von verschiedenen Rednern unter lebhafter Zu-
stimmung eines Theiles der Delegierten ausgesprochen, dass es
das Beste wäre, wenn mit der ganzen Majorität aufgeräumt
würde. So wie die Metallarbeiter dächten auch Andere, aber
sie wollten es nicht ausprechen. Dem Metallarbeiterverband
sei es allerdings nicht möglich, die Arbeiter, mit der man sich
jahrrelang herangeht habe, ohne etwas Ordentliches zu er-
reichen, aus der Welt zu schaffen, das müsse einer anderen
Stelle überlassen bleiben, die diese Forderung eingeleitet hat.

Diese Resolution wurde sodann in der Fassung der Kom-
mission angenommen.

Es wird umfänglich die Unterstützung ist unter anderem
dahin geändert worden, dass bei der Neuaufstellung, die
bisher je nach der Dauer der Mitgliedschaft 42 bis 70 Mark
betrug, die insgesamt zu einem Jahre erhoben werden
sollte, die Gesamtsumme auf 60 Mark nach einjähriger,
70 Mark nach zweijähriger, 80 Mark nach dreijähriger, 90 Mark
nach vierjähriger und 100 Mark nach fünfjähriger Mitglieds-
schaft erhöht worden ist. Das Mitgliedsbeitrag beträgt pro Tag
eine Mark.

Die Ortsunterstützung (Arbeitslosenunterstützung) wird in
52 aufeinanderfolgenden Wochen für höchstens 68 Tage ge-
währt und beträgt bei einer Mitgliedschaftsdauer von

	für männliche Mitglieder		für weibliche Mitglieder	
pro Tag pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche
52 Wochen	1.-	7.-	50 Pf.	3.-
104	1.20	8.-	58	3.50
156	1.35	9.-	67	4.-
208	1.50	9.-	75	3.50
260	1.70	10.-	83	5.-

Die Gesamtsumme der in einem Jahre (52 aufeinander-
folgende Wochen) zu erhebenden Ortsunterstützung darf jedoch
nach einer Mitgliedschaft von

	52 Wochen	70	80	90	100
60 Mark für männliche, 30 Mark für weibliche Mgl.					
104		35			
156		40			
208		45			
260		50			

nicht übersteigen.
Bisher wurde diese Unterstützung nur für höchstens 42
Tage und bis zur Gesamtsumme von 42-70 Mark für männ-
liche und 21-35 Mark für weibliche gewährt.

Neu ist die statistische Bestimmung, dass Mitglieder,
welche einen eigenen Haushalt führen, bei Veränderung ihres
Wohnortes innerhalb des deutschen Reiches in Folge von
Arbeitslosigkeit eine Beihilfe zu den Lebensbedürfnissen ge-
währt werden kann. Voraussetzung hierbei ist, dass das Mit-
glied nachweislich auswärts Arbeit erhalten hat und die Unter-
stützung des Mitgliedes vom bisherigen Wohnort mindestens 30
Tage weiter beträgt. Der Beitrag zu den Lebensbedürfnissen
darf je nach der Dauer der Mitgliedschaft von 20 Mark nach
einjähriger, steigend bis 40 Mark nach vierjähriger, nach
fünfjähriger Mitgliedschaft nicht übersteigen; für die Be-
bands-Beamtinnen sind die Unterhaltungen in gleicher Höhe fest-
gesetzt.

Nach und nach die Bestimmungen bezüglich der Unter-
stützungen bei Arbeitslosigkeit. Danach wird während der
daraus folgenden Arbeitslosigkeit Gewährung der Unterstützung
auf die Dauer von längstens 13 Wochen gewährt.

Die Reichstagswahlen.

Die am 16. Juni vollzogenen Reichstagswahlen
haben mit einem gewaltigen Siege der Sozialdemokraten
abgeschlossen. Es sind im ersten Wahlgange 214 Abge-
ordnete gewählt worden.

Nach offizieller Zusammenstellung sind 183 Stich-
wahlen erforderlich. Gewählt sind 31 Konservative,

88 Zentrum, 14 Polen, 6 Reichspartei, 58 Sozial-
demokraten, 4 Milde, 6 Christl., 5 Nationalisten,
1 Däne, 1 Reformpartei, 3 Bauernbund. In den
Stichwahlen beteiligt sind 97 Konservative, 121 Sozial-
demokraten, 24 Fortschrittliche Volkspartei, 65 National-
liberale, 11 Fortschrittliche Vereinigung, 4 Christl., 6 Polen,
16 Reichspartei, 1 Bund der Landwirthe, 5 Antisemiten,
35 Zentrum, 9 Milde, 6 Bauernbund, 8 Deutsche
Volkspartei, 6 Weissen, 5 Reformpartei.

Nach offizieller Zusammenstellung sind 57 Sozial-
demokraten gewählt, nach der geäußerten Behauptung
des „Vorwärts“ sogar 58. Diese Schmäuderungen er-
klären sich aus den nachträglichen Berechtigungen. ersten
Wahlungen. Ungültig gewonnen haben die Sozialdemo-
kraten 14 Mandate, Konservative 3, Nationalliberale und
Zentrum je 2, Bauernbund 1; ungültig verloren haben
die Sozialdemokraten 2, Freif. Vereinigung 14, Freif.
Volkspartei 2, Nationalliberale 9, Konservative 6, Bund
der Landwirthe und Bauernbund 4, Antisemiten 4,
Zentrum 3, Deutsche Volkspartei 2, Bild- & Liberale 2,
Weissen 1.

Unter 207 als gewählt bekannten Personen be-
finden sich 48 Neulinge, eine Zahl, die durch circa
183 Stichwahlen natürlich erheblich vergrößert werden
wird. Während 1890 zum ersten Male seit Bestehen
des Reichstags keine Nachwahl in Folge der Doppel-
mandat desselben Abgeordneten notwendig war, wird
diesmal mindestens eine Nachwahl nötig sein, da der
Vote von Garmisch außer in seinem alten Wahlkreise
Wiesbach in Rautz gewählt ist. Außerdem stehen die
gewählten Zentrumsabgeordneten Gröber, Müller-
Feld, Juch, Schwarz in nicht ausreichenden Stich-
wahlen in Göttingen, Hersfeld, Arnstadt, Hamm.
Die Sozialdemokraten Jug und Feldmann kommen in
Oldenburg und Schlesien in je zwei Stichwahlen.
Von den Doppelmandatären von 1893 sind Althaus
und Hummermann unterlegen; Werner und Träger
kommen in die Stichwahl. Nur Bebel wurde sofort
gewählt.

Soziale Rundschau.

Die Zement-Industrie befand sich nach dem Be-
richt der Handelskammer Dielefeld im verflochtenen
Jahre in äußerst ungünstiger Lage. Infolge der Auf-
lösung des Zementyndikats ist es zwischen den Werk-
besitzern zu einem äußerst heftigen Wettbewerbskampfe
gekommen. Die Preise erstickten eine Tiefe, wie man
sie früher nicht gekannt hatte. Daß an ein Bedauern
selbst der in den letzten Jahren neu angelegten Werke
mit den besten zeitgemäßen Einrichtungen unter diesen
Umständen nicht gedacht werden konnte, bedarf keiner
weiteren Erklärung. Zwar ist trotz der geringen
Nachfräglichkeit der Absatz von Zement, namentlich in der
letzten Hälfte des verflochtenen Jahres, leidlich gut ge-
wesen, doch ist dieser Umstand darauf zurückzuführen,
daß bei den außergewöhnlich niedrigen Zementpreisen
dieses Material bei den im letzten Jahre vorgenommenen
Bauten mehr Verwendung gefunden hat, als der
theuerere Wasserfall. In den Betrieben haben
Beschränkungen der Arbeitszeit und Schu-
berabschaltungen stattgefunden. Die Bestrebungen,
einen gemeinsamen Verkaufsverein zu errichten, haben
bis jetzt keinen Erfolg gehabt. Es erscheint auch un-
wahrscheinlich, daß nach Lage der Sache jetzt bald eine
Einigung erzielt werden wird. Wie der Verbrauch
an Zement im laufenden Jahre sich gestalten wird,
läßt sich einstweilen mit Sicherheit nicht sagen.

In Folge der verringerten Demandiertheit ist der
Verbrauch an Wasserfall im verflochtenen Jahre
noch geringer gewesen wie im Vorjahre. Wenn trotz-
dem noch einigermaßen gemüthbringende Preise erzielt
wurden, so ist dieser Umstand allein dem Fortbestehen
des Verkaufsvereins weisungsfähiger Kalkwerke, G. m. b. H.,
in Hamm zu verdanken. Dieser hat es verstanden,
durch eine gleichmäßige Einschränkung der Produktion
und durch prozentuale Verteilung der verkauften
Mengen die Erzeugung und den Versandt in geregelten
Räumen zu halten. Dieser Verband, der jetzt fast
20 Jahren nur mit kurzen Unterbrechungen bestanden
hat, ist aufgelöst worden. Zwar hat es nicht an
Versuchungen der Beteiligten gefehlt, den genannten
Verkaufsverein auch für nächstes Frühjahr weiter be-
stehen zu lassen, doch scheiterten diese Bestrebungen an
dem fortwährend ablehnenden Verhalten einiger Firmen,
welche in dem freien Verkauf ihrer Produkte günstigere
Chancen für sich erblickten. Wenn Ansehung nach wird
der Verbrauch an Wasserfall im Jahre 1903 keine
Steigerung erfahren. In Folge der Ueberproduktion
in diesem Artikel wird ein wildes Treiben von Preis-
unterbietungen einsetzen, das schon jetzt begonnen hat,
und das in seiner ganzen Schärfe erst sichtbar werden
wird, wenn der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt
ist. In Anbetracht der ungünstigen Verhältnisse, in
welchen sich die Kalkwerke befinden, müßten Ar-
beiter entlassen und die Arbeitslöhne herab-
gesetzt werden.

In engen Zusammenhänge mit der Zement- und
Kalk-Industrie steht die Ziegelstein-Fabrikation.
Auch hier war der Absatz im vergangenen Jahre im
Zusammenhänge mit dem Zement- und Kalk-Industrie
dieses Industriezweiges haben sich ebenfalls mehrere
Verkaufsvereinigungen gebildet, denen fast alle Ring-
öfen mit nur sehr wenigen Ausnahmen angehören. Die
Verkaufsvereinigungen hatten im verflochtenen Jahre die
Produktion von Ziegelsteinen bis auf 50 Prozent der
Produktionsfähigkeit eingeschränkt. Trotzdem sind außer-
gewöhnlich große Mengen Ziegelsteine auf den Lager-
plätzen der Zieglerien aufgeschapelt. Mit Rücksicht

darauf, daß die Zieglermeister auch in diesem Jahre
einen Potten Absatz im Hinblick auf die mäßige Lage
eines Baugewerbes sich nicht versprechen, ist sogar einer
dieser Verkaufsvereine dazu übergegangen, die Er-
zeugung von Ziegelsteinen in diesem Jahre um
70 Prozent der Produktionsfähigkeit der Werke einzu-
schränken. Die Preise für Ziegelsteine waren mäßig.
Die Arbeiterlöhne in den Zieglerien erhielten sich auf der
bisherigen Höhe, während die Arbeitszeit bedeutend be-
schränkt werden mußte.

Vom sozialen Kampfplage.

Leipzig-Mein-Bezirk. Die Differenzen der
Gebrüder Palm sind am 8. Juni beigelegt
worden. Der Streit war ausgebrochen, weil ein
Kollege wegen seiner Thätigkeit für die Organisation
entlassen worden. Die Kollegen machten den Friedens-
schluß davon abhängig, daß sämtliche Kollegen wieder
eingestellt, die Streikbrecher entlassen und in Zukunft
Kuchergelungen nicht mehr vorgenommen werden
dürfen. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde auf
Grundlage vorstehender Bedingungen ein Vertrag ge-
schlossen und von Vertretern der Firma und den
Streikenden unterschrieben.

In Lüneburg dauert der Streit in der Reichs-
badischen Hofstraße unverändert fort. Die Kommission
der Ausständigen war bei Herrn Reichenbach vorstellig,
um Verhandlungen anzubahnen, sie wurde aber schroff
abgewiesen mit dem Bemerkten, daß die Arbeiter einzeln
um Arbeit anfragen könnten. Kurz vor hatte Herr
Reichenbach den Genossen Winkelmann und Martens
gegenüber noch erklärt, daß er mit seinen eigenen
Arbeitern verhandeln wolle. Man sieht, wie hoch ein
Versprechen zuweilen einzuschlagen ist. Aus der Haltung
des Herrn Reichenbach geht jetzt klar und deutlich her-
vor, daß er mehr beabsichtigt als die Herberung der
Bohnzählung. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist
ihm ein Dorn im Auge. Dafür werden die Arbeiter
zu kämpfen wissen. Die Sympathie der Bevölkerung
Müneburgs ist auf ihrer Seite. Die wenigen Streik-
brecher, die sich von auswärts eingefunden haben,
werden Herrn Reichenbach sehr wenig nützen.

Die auf dem Holzlager von Möller u. Söhne
in Altana beschäftigten Kollegen haben eine Erhöhung
des Stundenlohns von 3 Pf. durch die vom Gaus-
vorstand geleiteten Verhandlungen erreicht. Die For-
derung, für Ueberstunden 50 Pf. zu bezahlen, wurde
wohl auch gebilligt, aber vom Geschäftsführer nicht
gefallen. Da die Kollegen nun aber jede Ueberstunde ver-
weigern, so ist anzunehmen, daß auch die Bezahlung
für Ueberstunden bewilligt werden muß.

Die Maurer- und Zimmerer-Verband in Mainz. Am Morgen
des 9. Juni kamen hier 43 von den Bauunternehmern
engagierten italienische Maurer an, welche als Ersatz für
die Ausgesperrten hier beschäftigt werden sollten. Die
arbeitswilligen Maurer wurden in drei Kolonnen den
drei größeren Bauunternehmern zugeteilt. Die Ita-
liener wurden in den Neubauten der betr. Unter-
nehmer untergebracht. So quartierte Herr Hauswald
seine Arbeitswilligen in seinem Hause Ecke Wallaus-
und Mainzstraße ein. In dem Hause befindet sich die
Restauration von Specht. Herr Specht protestierte ent-
schieden gegen die „Einquartierung“ im ersten Stock
des Hauses, da dadurch kein anständiger Mensch seine
Wirtschaft betreten würde, in der Meinung, er (Herr
Specht) stehe mit den Unternehmern in Beziehungen.
Herr Specht erklärte der Direktion der Altanküster-
brauerei, wenn sie nicht dafür Sorge, daß Herr Haus-
wald die Italiener aus dem Hause schaffen würde, er
seine Wirtschaft zuzumachen und die Brauerei auf
Schadenersatz verklage. Vor allen Quartieren der Ar-
beitswilligen hielten sich während des Tages
große Menschenmassen auf und mehrere Schulkinder
standen Wache. Die Unternehmer waren ganz sieges-
zuversichtlich. Hatten sie doch jetzt Arbeitswillige, mit
denen sie ihre Bauten fertigstellen lassen konnten. Sie
ließen Steine auf die Bauten fahren, Speise machen
und Leinen ziehen und heute Morgen 5 Uhr sollten
dann die Italiener durch Schulkinder an die Arbeit ge-
führt werden. Dann würden die ausgesperrten Maurer
schnell zu Paaren kriechen und sich den Unternehmern
auf Gnade oder Ungnade ergeben. So dachten die
Unternehmer, und eitel Freude herrschte in Trojas
Hallen. Aber die Unternehmer hatten ihre Rechnung
ohne die organisierten Maurer gemacht. Denselben war
es gelungen, durch List zu den italienischen Arbeits-
willigen zu gelangen und dieselben von dem Veräch-
lichen ihrer Handlungsweise zu überzeugen. Und so
erhielten schließlich 43 Italiener am Abend noch von
Mainz wieder ab. Die Unternehmer sollten durchaus
keine geistreiche Gesichter gemacht haben, als die Nester
leer und die fremden Vögel ausgeflogen waren.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Wißbrant der eingereichten Mitgliederverzeichnis
und Erpressung. Der Vorsitzende des Gaus Berlin
des Deutschen Holzarbeiterverbandes hatte beim Minister
des Innern darüber Beschwerde geführt, daß die Polizei-
verwaltung von Kolmar in Posen einem dortigen
Unternehmer die Mitgliederliste der in Kolmar be-
gründeten Zählstelle des Holzarbeiter-Verbandes über-
mittelt habe. Der Unternehmer benutzte die ihm ge-
wordene Kenntnis in der Weise, daß er allen Arbeitern,
die auf der Liste standen, kündigte, mit dem Hinzu-
fügen: Wer innerhalb der vierzehntägigen Kündigungs-
frist seinen Austritt aus dem Verbande erklärte, könne
weiterarbeiten. Mit Recht hätte der Beschwerdeführer

diese Auslieferung der Liste durch die Polizei als einen Bruch der Amtsverschwiegenheit, wodurch ein Erfolg des Koalitionsrechts der Arbeiter stark beeinträchtigt worden sei. Nachdem der Landrath die Beschwerde zurückgewiesen hatte, da er in der Handlungsweise der Polizeiverwaltung von Kolmar eine Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nicht fand, wurde weitere Beschwerde eingelegt, welche den gewünschten Erfolg hatte. Der Regierungspräsident in Bromberg hat die Beschwerde gegen die abweisende Verfügung des Landraths als begründet anerkannt und entsprechende Verfügung erlassen. Im Weiteren hatte der Gauvorsitzende noch gegen den Unternehmer in Kolmar Strafanzeige wegen Erpressung erstattet, gestützt auf die mehrfach gegen streikende Arbeiter ergangenen Urtheile, indem er folgerte: Die Entlassung der gesamten Arbeiter, die dem Holzarbeiter-Verbande angehörten, in Verbindung mit der Mittelteilung, sie würden wieder eingestellt werden, wenn sie aus dem Verbande ausscheiden, stellte die Ankündigung eines Uebels dar zu dem Zwecke, sich einen Vermögensvorteil, auf den der Unternehmer keinen Anspruch hatte, zu verschaffen, nämlich um in Zukunft vor höheren Lohnforderungen und dem Verlangen günstigerer Arbeitsbedingungen, deren Erreichung der Zweck des Holzarbeiter-Verbandes ist, der organisierten und deshalb mit stärkerem Nachdruck auftretenden Arbeiter geschützt zu sein. Dieser Strafantrag ist indes zurückgewiesen. Der Justizminister als letzte Instanz lehnte ein Einschreiten ab, da der Austritt der Arbeiter aus dem Holzarbeiter-Verbande, welcher durch die Kündigung erreicht werden sollte, für den Unternehmer einen Vermögensvorteil nicht darstellte. Es über namentlich auf die Höhe der Löhne zu sich einen Einfluß weder unmittelbar noch mittelbar aus. Damit vergleiche man die Deduktion desselben Justizministers, die unter dem Gesichtspunkt, daß der Organisationszweck gegen Nichtorganisierte einen rechtswidrigen Vermögensvorteil darstelle, die Verfolgung solcher Handlungen als Erpressung empfahl. Hat diese Auslegung schon Schiffbruch gelitten, als sie auch gegen Unternehmer sinngemäß zur Anwendung gelangen sollte? Es wird nützlich sein, diesen neuen Ministerentscheid in Erinnerung zu behalten.

Aus anderen Organisationen.

Die finanziellen Ergebnisse der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duncker) und ihres Verbandes im Jahre 1902 sind jetzt veröffentlicht worden. Das Gesamtvermögen beträgt danach 1.289.529,62 Mk. (Vorjahr 1.308.074,15 Mk.), hat sich um 18.544,53 Mk. verringert. Die Mitgliederzahl ist von 96.506 auf 102.581 in 1902 Ortsvereinen gestiegen. In den Kranken- und Begräbniskassen hat sich das Vermögen 1902 von 1.066.444 Mk. auf 1.258.704 Mk., d. h. um 192.260 Mark vermehrt. Insgesamt verfügten die deutschen Gewerkschaften über 3 1/2 Millionen Mark. Die Zahl der Ortsvereine stieg im Jahre 1902 von 1891 auf 1902. An Beiträgen und Eintrittsgeldern wurden im Jahre 1902 vereinnahmt 678.990,80 Mk., an Zinsen und verkauften Effekten 107.843,10 Mk., an sonstigen Einnahmen 13.600,22 Mk., im Ganzen 800.434,12 Mk., das sind 79.471,71 Mk. mehr als im Vorjahre. Veräußert wurden für Rechtschutz 823.165 Mk., für Arbeitslosigkeit, Ausperrungen und Streiks 246.899,33 Mark, für Reiseunterstützung, Umzugskosten und Unterstützung in besonderen Nothfällen 62.245,19 Mk., für Bildungszwecke 29.364,66 Mk., für die Gewerkschaftspressen 112.330,31 Mk., für Agitation 34.994,07 Mk., für Druckkosten und Arbeitsvermittlung 65.450,76 Mk., für Verbands- und Ortsverbandssteuern 39.283,21 Mk. und für Verwaltungskosten 150.500,24 Mk. Die Mitgliederzunahme vertheilt sich auf alle Gewerkschaften mit Ausnahme der Schuh- und Lederarbeiter, Zigarren- und Tabakarbeiter, Bauhandwerker, Töpfer, Bergarbeiter und Bergolder, die theilweise einen erheblichen Rückgang aufweisen. Die größte Mitgliederzahl hat der Gewerkschaftsverband der Maschinenbauer und Metallarbeiter mit 40.288 Mitgliedern in 659 Ortsvereinen. Es folgen die Fabrik- und Handarbeiter mit 21.190 Mitgliedern in 354 Ortsvereinen, die Kaufleute mit 7703 in 117 Ortsvereinen u. bis zu den Konditoren mit 290 Mitgliedern in 12 Ortsvereinen, den Schiffszimmerern mit 188 Mitgliedern in 6 Ortsvereinen, endlich den Bergoldern mit 9 Mitgliedern in einem Ortsverein.

Gau 16. (Rheinland-Westfalen.)

Unsere diesjährige Gaukonferenz tagte am Sonntag, den 31. Mai, im Lokale der „Wostika“ zu Essen. Berathen waren 11 Zahlstellen durch 13 Delegirte. Die Zahlstellen Pagen und Duisburg hatten Delegirte nicht entsandt. Die Zahlstellen Köln und Essen waren durch je zwei Delegirte vertreten, auf Bestellung des Gauvorsitzenden, daß bei Abstimmungen nur je ein Delegirter das Abstimmungsrecht ausüben kann. Der Bericht des Gauvorsitzenden umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis Jahresende der Konferenz und verbreitet sich auf die im Januar dieses Jahres erfolgte Anstellung, die Wahl der übrigen Gauvorsitzendenmitglieder u. s. w. Die Aufgabe des Gauvorsitzenden behandelte darin, an Orten, in denen Zahlstellen bereits bestanden, diese durch Abhaltung öffentlicher Versammlungen und durch Rekrutieren in Mitgliederversammlungen zu erhalten, und neue Zahlstellen zu gründen. Der Bericht und die öffentlichen Reden gingen zu diesem Zwecke Anforderungen an. Darauf haben Pagen und Duisburg und die größte Anzahl der Zahlstellen über nicht beantwortet. Eine Anzahl von Komiteemitgliedern hielten die Gründung einer Zahlstelle für überflüssig und wählten, unsere Kollegen waren sich dem Zweck oder Zielsetzung der Verbände anzuschließen. Während der Abhaltung der neuen Gaukonferenz sind abgehalten worden: 14 öffentliche Versammlungen und 6 Sitzungen. Die Zahlstellen sind neu gegründet und zwar in Düsseldorf, Dortmund, Duisburg und Köln-Ruppel. Der

christliche Werk war folgendermaßen: Es gingen aus: 123 Briefe und 84 Karten. Eingegangen sind 63 Briefe und 67 Karten. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher das Verhalten der verschiedenen Kartellvorsitzenden und einzelner Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes einer scharfen Kritik unterzogen wurde. — Nach den gegebenen Berichten ist in allen Zahlstellen ein Fortschritt zu verzeichnen. Die von den Zahlstellen Oberhausen und Essen gegebenen Berichte geben der Konferenz Veranlassung, eine Revision in diesen Zahlstellen vorzunehmen. Die Anträge, die Wohnung des Gauvorsitzenden von Ehrenfeld nach Köln, und ein anderer, ihn nach Essen zu verlegen, werden abgelehnt. Ein Antrag der Zahlstelle Düsseldorf, am Niederrhein durch Abhaltung öffentlicher Versammlungen zu agitieren, wird dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Antrag der Zahlstelle Essen, eine Druckkostenrechnung von 29 Mk. für sie zu bezahlen, wird dem Gauvorstand zunächst überwiesen, bis er die beschlossene Revision vorgenommen hat. Der Antrag Kuppelberg, im Herbst in allen Zahlstellen Versammlungen von einer Referentin abhalten zu lassen, wird angenommen. Auf Anfrage erklärt Kollege Fittgen, daß es bislang der alte Gauvorstand unterlassen habe, ein Verzeichnis der Zahlstellen, welche Extramarken für die Gaufeste haben, einzuliefern. Ein Antrag, der diese Angelegenheit regeln soll, wird dem Gauvorstand überwiesen. Die nächste Gaukonferenz wird in Dortmund abgehalten. In einem die Thätigkeit der Konferenz knapp zusammenfassenden Schlußwort fordert der Kollege Fittgen zu energischer Agitation für den Verband auf. Mit einem dreisprachigen Hoch auf unsere Organisation wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen.

Angsburg. Am 24. Mai tagte im Gasthause „Zum Wittenbacher Hof“ eine öffentliche Versammlung. Kollege Dämmel aus München referirte über das Thema: Die Kämpfe der Arbeiter und welche Stellung... den unsere Kollegen dazu einzunehmen. Redner entwarf ein gutes Bild von den Kämpfen der Arbeiter um ihre Existenz, wie sie gegenwärtig toben, sowohl in Deutschland, als auch anderwärts. Reicher Beifall lohnte den Redner. Dem Vortrage folgte eine kurze Diskussion, nach Schluß derselben ließen sich einige Personen als Mitglieder aufnehmen.

Köln-Ehrenfeld. Wie wenig städtische Betriebe Musteranstalten sind, zeigt das Verhalten der Direktion der städtischen Gasfabrik zu Ehrenfeld. Schon sehr oft wurde die Öffentlichkeit durch die „Rheinische Zeitung“ auf die Gasfabrik hingewiesen. Daß aber trotzdem den Arbeitern von Seiten der Direktion kein besseres Entgegenkommen gezeigt wird, das zeigt folgendes: Die Arbeiter des Betriebes sind zu einem großen Prozentsatz bei uns organisiert. Auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Organisation reichten sie im Monat März der Direktion Forderungen ein. Diese waren von einer Kommission, bestehend aus neun Arbeitern, unterschrieben. Die Forderungen wurden dem Herrn Inspektor Schneider übergeben, der dann auch seine Freude darüber aussprach, daß die Arbeiter einen solchen Weg eingeschlagen hätten. Auch wollte er mit allen Kräften dafür Sorge tragen, daß die Forderungen von der Direktion bewilligt würden. Die Arbeiter haben jedoch bis heute noch nichts davon gehört, vielmehr sind sie der festen Ueberzeugung, daß ihr Schriftstück einfach in den Papierkorb gewandert ist. Deshalb überlassen wir es der Öffentlichkeit, über nachstehende Forderungen zu urtheilen, ob sie für die städtische Gasfabrik annehmbar waren oder nicht. Die Forderungen lauten: 1. Der wöchentlichen Direktion der städtischen Gasfabrik beehren sich hiermit die ergebenst Unterzeichneten, nachstehende Wünsche zu unterbreiten mit der Bitte, ihre Genehmigung nicht verlagern zu wollen. 1. Einen Tagelohn von 5,50 Mk. für Stocher, welche das ganze Jahr hindurch in der Fabrik beschäftigt werden. Für Winterstocher einen Lohn von 6 Mk., für Böcher und Stohlenfahrer einen solchen von 4,50 Mk. 2. Wegfall der 14tägigen Sonntags-Rachtschicht. Gründe: Durch die fortwährende Steigerung der Lebensmittel sowie der Mieten steigern sich unsere Ausgaben in demselben Maße und sind wir nicht in der Lage, dem Körper die nötige Nahrung, wie es für die Arbeiter der Gasfabrik erforderlich ist, zuzuführen, weil durch die schwere und anstrengende Arbeit auch demgemäß die Lebenshaltung sich gestalten muß. Was die Prämie anbelangt, wäre es wünschenswerth, daß dieselbe in Wegfall gebracht würde, da es für viele Arbeiter in manchen Fällen von großem Schaden ist, besonders wenn sie durch irgend einen Zufall eine Schicht vermissen müssen oder durch Krankheit verhindert sind, die Arbeit fortzusetzen. Der Wegfall der Sonntags-Rachtschicht wäre für die Arbeiter eine große Wohltat. Bis jetzt war es uns noch nicht möglich, unserer Familie Sonntags ein kleines Vergnügen zu bereiten, wenn wir die Tour der Sonntags-Rachtschicht hatten. Würde die Arbeitszeit so geregelt, daß die Sonntags-Rachtschicht in Wegfall käme, dann könnten auch wir unserer Familie eine Wohlthat erweisen, indem man am Sonntag mit Frau und Kindern einen kleinen Spaziergang unternehmen könnte. Wir bitten die wohlwollende Direktion, diese unsere Wünsche unter den vorstehenden Gründen zu berücksichtigen; auch bitten wir, falls eine persönliche Aussprache gewünscht wird, entweder den Gauvorsitzenden des Verbandes, Herrn Jakob Fittgen, hier, Sülzbühlstr. 1, oder den Vorsitzenden unserer Zahlstelle, Herrn Wilhelm Otten, hier, Replerstraße 252, zuzuziehen zu wollen. Es kennzeichnet die städtische Sozialpolitik, daß den Arbeitern auf diese Eingabe bis heute noch keine Antwort gegeben worden ist.

Königsbütte. Stärker als in früheren Jahren nimmt in diesem Frühjahr in Oberschlesien die Einstellung von galizischen Arbeitern zu. Auffällig ist vor Allem, daß auch gelernte galizische Arbeiter nach Oberschlesien kommen. Sie kommen in der Regel über Wilmowitz-Mähr.-Odra nach Schlesien und werden hier gern beschäftigt. Auf Wismarhütte bei Schwintochlomy scheinen sie besonders gern gesehen zu sein; sie erhalten dort sogar die besser gelohnten Arbeiten, müssen deshalb wohl auch ihre Sache verstehen. Auch Unterbeamte sind bereits mehrfach Galizier; diese bezuzugnen natürlich ihre Landeskunde wieder in besonderer Weise und lassen sie gut verdienen. In Wipine auf den Zinkwerken der Schlesienschen Aktiengesellschaft, vielmehr bei ihren Zwischenunternehmern, die allerlei Arbeiten, insbesondere auch Erdarbeiten im Auftrage der Gärtnereverwaltung verrichten, sind z. B. ca. 450 Galizier beschäftigt. Wenn hiesige Arbeitslose dort anfragen um Beschäftigung, werden sie abgewiesen, weil Alles besetzt sei. Sogar bei der kommunalen Arbeit der Denten-Kobberger Kanalisation werden so viele Galizier beschäftigt, daß hiesige Arbeitslose abgewiesen wurden. Die Kündigung ist bei dieser Kanalisationsarbeit ausgeschlossen; der Beschäftigte der Arbeiter ist sehr fleißig. Auf Zuhlengraben noch mehr wie auf Wismarwerken werden zur Zeit Feiertagsgelöhner eingestellt; meist werden vier Schichten in der Woche gefeiert, zuerst nur Nachtschichten, wenn es schicklicher wird, auch Tagsschichten. Die meisten Feiertagsgelöhner werden von Wismarhütte, Schleifengrube, Heinitzgrube bezogen. Der schlechte Geschäftszug drückt sich auch in den Löhnen aus. Auf der Königsbütte, wo man immer noch, so gut es ging, die Löhne nicht drückt, werden jetzt in der Röhrenfabrik gelehrten Seiten sehr bescheidene Monatslöhne gezahlt; im Bräudenbau beträgt der Stundenlohn 24—28 Pf.; in der Apparatur sind für 24 bis 28 Schichten Löhne von 54 bis 88 Mk. bezahlt worden; auf Gräfin Laura-Grube, die zur Königsbütte

gehört, beträgt zur Zeit der monatliche Dauerlohn nur noch 55,21 Mk. Neue Lohnführungen werden gemeinlich vom Stahlwerk in Gleiwitz (80 Pf. pro Schicht); die Löhne der Hauer auf „Gastellenjo“ (Waldarbeiter-Grube), die früher 6 bis 6 Mk. betragen, sind bis um ein Drittel zurückgegangen, wobei noch die Schichtzeit verlängert worden ist.

Essen. Am Sonnabend, den 6. d. M., tagte hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Unter Punkt „Agitation“ kam zur Sprache, daß die Arbeiter in der Chemischen Fabrik Rahlbaum-Adlershof vor Pfingsten mit einem Lohnnachtrag beehrt worden sind. Leider sind dort die Arbeiter so gut wie gar nicht organisiert und in Folge dessen dem Unternehmer gegenüber machtlos. Trotzdem die Arbeiter von uns mehrere Male aufgefordert sind, sich der Organisation anzuschließen, haben sie es nicht der Mühe werth gehalten, in unseren Versammlungen zu erscheinen. Alsdann wurde ein Antrag von den Bevollmächtigten gestellt, jeden Monat eine Extramarkte zu haben, und zwar neben männliche Mitglieder 10 Pf., weibliche 5 Pf. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Essen. Am 1. Juni tagte eine Mitglieder-Versammlung, welche von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnantrag einer Besprechung unterzogen und ihm schließlich die Zustimmung gegeben hat. — Dann wurde darauf hingewiesen, daß die Wahl von Fabrikvertrauensmännern umgehend vorgenommen, und deren Adressen den Bevollmächtigten mitgeteilt werden müssen.

Zur Beachtung!

Die Abrechnungsformulare werden mit der nächsten Nummer des „Proletarier“ versandt. Mit kollegialischem Gruß

August Drey.

Quittung.

Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 10. Juni folgende Beträge ein:

Speyer 74,18. Wiltzer 20,05. Solenberg 182,75. Wintergude 135,—. Mainz 128,41. — Bettin 21,—. Rahlheim a. M. 88,10. Warkeln 35,65. Dietrichsdorf 22,25. Unteren 30,—. Spandau 9,96. Gaimstadt 60,50.

Schluss: Dienstag, den 23. Juni, Mittags 12 Uhr.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

41 659, ausgef. in Potsdam am 15. Juli 1898 auf den Namen Will. Fleck.
25 055, ausgef. am 9. November 1902 in Rombach auf den Namen Felix Gohr.
S. III. 6500, ausgef. auf den Namen Paul Gänther, geb. den 25. Februar 1876, am 25. Januar 1901 in Altenburg.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Gau IV. Franz Gill, Vorsitzender, Dessau, Sandstr. 5, Part. 5b. Böhm, Kassier, Fehnterstr. 2, 3. Et.
Bielefeld. Reisegeheim wird bei Karl Meyer, Sabowalstraße 8, ausgezahlt.
Essen. A. Kahlbrecher, Kopfstraße 15, 3. Et.
Gerwendorf. Gustav Bötschel.
Magdeburg. Reiseunterstützung wird bei August Bartels, Fabrikstraße 5—6, ausgezahlt.
Mannheim. Jos. Fitzhaller, Balbhof, Bangstraße 42/0.

Inserate.

Zahlstelle Altona-Ottensen.

Am Sonntag, den 28. Juni, findet unser gemeinschaftliches Sommervergüßen im Lokale des Herrn Kruse, Flottbeker Park (Altona-Flottbek) statt. Herrenkarte 30 Pf. Um rege Theilnahme zu erlangen
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hennigsdorf a. S.

Die nächste Mitglieder-Versammlung wird am Sonntag, den 4. Juli, im Saale der Frau Cuen abgehalten. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Einzel-Mitglieder Leipzig I.

Sonntag, den 5. Juli, gemeinschaftlicher Ausflug mit Markt nach Schkeuditz. Treffpunkt: Leipzig-Bismarck, Reibebergerstraße 27, Karl Lorenz, Restauration, früh 6 1/2 Uhr. Abmarsch 6 Uhr. Nachmittags 12 Uhr Treffpunkt Köhlig-Ehrenberg, Grüne Aue, Griespacherstr.
Bereitsige Theilnahme wünscht
1,35 Mk.] J. A. Emil Böhle, B.

Zahlstelle Döbenstedt.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Sievert, Vogelhüttenweg, statt. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
1,20 Mk.] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Reiherrstieg-Wilhelmsburg.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Sievert, Vogelhüttenweg, statt. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
1,20 Mk.] Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Wilhelmsburg-Reiherrstieg.

Zu unserer am 12. Juli d. J. stattfindenden

Fahnenweihe

verbunden mit Festzug, Preisregeln und Preisschießen unter Mitwirkung verschiedener Bundeslieder-Tafeln erlauben wir uns sämmtliche umliegenden Zahlstellen einzuladen. Der Festzug geht früh 3 Uhr vom Verbandslokale, Herrn S. Sievert, aus in Bewegung. Preis der Karte für Konzert und Aufzügen 30 Pf., Langkarte 50 Pf. 2,40 Mk.] Die Fahnenkommission.